

Smirnow sprach Adenauer

Zwei Stunden beim Bundeskanzler — Neues Memorandum aus Moskau

Bonn (dpa/ap). Knapp 24 Stunden nach seiner Rückkehr aus Moskau hat der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow, Bundeskanzler Adenauer im Palais Schaumburg ein Memorandum der sowjetischen Regierung übergeben. In dem Memorandum werden die sowjetischen Auffassungen über die Grundfragen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses und die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland erläutert.

Im Anschluß an die fast zweistündige Besprechung wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es heißt, Smirnow habe dem Bundeskanzler die Grüße und die guten Wünsche Chruschtschows übermittelt. Der Kanzler habe diese Grüße erwidert und eine eingehende Prüfung des sowjetischen Memorandums zugesagt. An der Besprechung nahm auch Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt teil. Smirnow hatte seinen Urlaub in der Sowjetunion, der ursprünglich bis März dauern sollte, vorzeitig abgebrochen. Wie verlautet, war die Atmosphäre des Bonner Gesprächs sehr sachlich.

Smirnow überreichte dem Bundeskanzler auch eine Antwort Chruschtschows auf den Brief Adenauers vom Oktober vorigen Jahres zur Repatrie-

rung. In dem Brief hatte Adenauer bemängelt, daß die Rückführung deutscher Bürger aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik ins Stocken geraten sei. Wie verlautet, läßt die jetzige Antwort Chruschtschows die Hoffnung zu, daß die Repatriierung nun erleichtert werde.

Dagegen soll sich der sowjetische Standpunkt hinsichtlich

eines Friedensvertrages nicht geändert haben. Wie es heißt, wiederholt Chruschtschow in dem Memorandum die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages „mit zwei deutschen Staaten“. Auch an der Errichtung einer „Freien Stadt Berlin“ hält Moskau fest. Es muß jedoch noch im einzelnen geprüft werden, ob sich aus den Formulierungen nicht Nuancen einer Änderung im Vergleich zu früheren sowjetischen Äußerungen ergeben.

Der Bundeskanzler wird das Memorandum erst nach Beratung mit den Westmächten beantworten, die in der Deutschland- und Berlin-Frage verantwortlich sind.

Brentanos Angebot an USA

Eine Milliarde Dollar — Amerikaner sind befriedigt

Washington (ap/dpa). Die Bundesrepublik ist bereit, jährlich einen Beitrag von rund einer Milliarde Dollar zur Entwicklungshilfe zu leisten. Dieses Angebot hat Bundesaußenminister von Brentano dem amerikanischen Präsidenten Kennedy während eines 80 Minuten langen Gesprächs im Weißen Haus unterbreitet. In einem gemeinsamen Kommuniqué hieß es, Kennedy habe das deutsche Angebot mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Auf einer Pressekonferenz teilte ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes mit, Brentano habe Kennedy darüber informiert, daß man auf deutscher Seite das ursprüngliche Angebot eines nur einmaligen Beitrags fallengelassen habe und bereit sei, Entwicklungshilfe auf einer permanenten Basis zu leisten. Der Sprecher deutete

den Betrag von einer Milliarde Dollar für das Jahr 1961 und zugleich die Wahrscheinlichkeit an, daß diese Pauschalsumme auch in den kommenden Jahren, allerdings unter Berücksichtigung der Haushaltslage, die gleiche sein werde. Der Sprecher betonte jedoch, daß man die künftigen Besprechungen über die Entwicklungshilfe auf multilateraler Ebene innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führen solle.

Bundesaußenminister von Brentano versicherte nach seinem Besuch bei Kennedy, das Gespräch sei „erfolgreich und voll zufriedenstellend“ gewesen. Es habe im Geiste der Freundschaft und des Verständnisses und Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung stattgefunden.

Koalition bleibt

Interfraktionelle Aussprache

Berlin (Eigenmeldung). Im Schöneberger Rathaus fand eine interfraktionelle Besprechung über die Aussprache zur Senatsklärung vom 2. Februar statt. Sie verlief nach einem Kommuniqué in freundschaftlichem Geiste. Beide Fraktionen stellten fest, daß die Grundlagen ihrer politischen Zusammenarbeit unverändert fortbestehen. Soweit erforderlich, wird die Behandlung von Einzelfragen in den fachlich zuständigen Gremien fortgesetzt.

Politischer Mord

K. W. B. Seit jenem Juli-Tag von 1914, an dem der Mord am österreichischen Thronfolger den ersten Weltkrieg auslöste, zittern die Menschen, wenn sie von politischem Mord hören. Sie haben in der vergangenen Woche auch gezittert, als sie vom Tode Lumumbas hörten. Nun ist der Mord von Sarajewo nicht dasselbe wie der Tod im Busch von Katanga. Aber knapp fünfzig Jahre nach Sarajewo überfällt uns das unheimliche Gefühl, daß der ferne Kongo im schwarzen Afrika uns heute so nahe gerückt ist, wie vor einem halben Jahrhundert uns das nahe Serbien zum Schicksal wurde. Was sich nach dem Tode Lumumbas überall in der Welt abspielt, zeigt, daß uns kein Entrinnen in unsere eigenen Probleme, so groß sie auch sein mögen, gestattet ist. Wir sind heute hineinverstrickt in das fernste Schicksal; denn der Funke, der heute irgendwo geworfen wird, entzündet immer das ganze Pulverfaß.

★

Woher kommt es, daß wir nicht einmal mehr ruhig bleiben können, wenn in fernen geographischen Breiten Schwerwiegendes passiert? Vorwiegend deswegen, weil die Welt nicht mehr in Interessensphären — in vertraglich abgesicherte oder stillschweigend und selbstverständlich respektierte — eingeteilt ist. Die Sowjetunion meldet überall, wo immer auf der Erde Leben geschieht und sich entwickelt, ihre Ansprüche an. Das bliebe ein respektables Verlangen, wenn sie sich nicht an allen Orten zugleich als lauten militärischen Bundesgenossen der auf jeden Fall anarchischen Kräfte anböte. Jedes Solidaritätsangebot aus Moskau wird deshalb immer zur Kriegsgefahr — zur Kriegsgefahr für alle.

★

Für den Fall Kongo gewinnt die Moskauer Reaktion noch eine besondere Bedeutung. An und durch Lumumba hatten sich die immer neuen Konflikte seit dem Juli der Unabhängigkeit entzündet. Um Lumumbas

willen war die UNO-Aktion in Kongo nicht nur zweifelhaft, sondern auch unwirksam geworden. Daß die rivalisierenden kongolesischen Gruppen in diesem sich anbahnenden Chaos noch viel zur Heroisierung des ungebärdigen und fanatischen Demagogen durch ihre Behandlung Lumumbas dazutaten — das gab dem in Katanga gefangenen Lumumba eine größere Wirkung als dem vordem regierenden. Von den Unterlassungen der Belgier über die zu frühe Unabhängigkeitserklärung eines unreifen Volkes bis zu den ungewissen Empfehlungen des Sicherheitsrates und den halben und zögernden Maßnahmen während der UNO-Aktion reiht sich eine Kette von politischen Halbheiten. In diesem bösen Dilemma, dessen Ausweg niemand mehr erkannte, mußte der Mord an Lumumba Alarm schlagen.

★

Es war sogleich klar, wo die Täter zu suchen waren. Niemand konnte den politischen Mord im Busch von Katanga entschuldigen. Aber auch niemand schickte sich an, nach dem Schuldigen zu suchen — bis auf den Generalsekretär der UNO, bis auf Hammarskjöld, der eine sofortige UNO-Untersuchung wünschte. Daß Hammarskjöld nach der Untersuchung rief — war der echte Ausdruck für Macht und Ohnmacht der Weltorganisation. So redlich war der Ruf nach der Untersuchung — aber auch so unrealistisch. Was die UNO aber in dieser Lage brauchte, ist etwas anderes. Es blieb ihr bis jetzt durch Einspruch der Sowjets versagt. Die UNO brauchte nun den Auftrag der ganzen in ihr vereinigten Völkergemeinschaft, mit allen Mitteln in Kongo Ruhe zu stiften und die Grundlage für ein stabiles Wachstum in der todkranken Kongo-Republik zu schaffen. Dieser Auftrag an die UNO, gegeben von allen in ihr wirkenden Staaten, hätte die Konsequenz aus Lumumbas Tod sein müssen.

★

Das Gegenteil trat vorerst ein. Dafür hat, wieder einmal, die Sowjetunion gesorgt. Statt die Mitverantwortlichkeit für die

Befriedung des Kongo praktisch zu beweisen, goß sie in die wogende Erregung gefährliches Öl. Sie winkt mit der militärischen Intervention, indem sie die Anhänger des toten Lumumbas zum Hilferuf an Moskau auffordert. Sie koppelt die Drohung mit einer Kampfansage an die ganze Welt. So nämlich muß die Attacke verstanden werden, die die sowjetische Regierung gegen den Generalsekretär Hammarskjöld gerichtet hat. Das wenige, was Hammarskjöld in vielen Sitzungen des Sicherheitsrats zum Wirksamwerden der UNO in Kongo erreicht hat, ist der Sowjetunion immer zuviel gewesen. Es hat der Sowjetunion stets daran gelegen, in der Kongo-Aktion eine bestimmte sowjetisch geförderte oder gar gelenkte Gruppe in Kongo zu unterstützen, niemals aber dem Kongo selbst zu seiner selbstgewählten Freiheit und Ordnung zu verhelfen.

★

Nun wollte Chruschtschow, die Stimmung um Lumumbas Tod ausnutzend, aufs Ganze gehen. Er wollte die UNO in ihrer heutigen Zusammensetzung, in ihrer heutigen Führung treffen. Er wünscht ihr nach Möglichkeit jenen tödlichen Stoß zu versetzen, der im Herbst beim ersten Versuch im New-Yorker Glaspalast noch nicht gelungen ist. Es scheint, daß dieser große Stoß in den Frieden der Welt auf hartnäckigere Verteidiger stößt, als es die Krenl-Union erwartet hat. Denn der amerikanische Präsident hat nicht nur sogleich für Hammarskjöld und für die UNO eine Lanze gebrochen. Chruschtschow mußte auch aus Washington hören, daß man dort auf nichts schneller und massiver reagieren würde als auf den leisesten Versuch einer militärischen Intervention in Kongo. Der große Sturm, der ausgebrochen ist, wird nicht schnell zur Ruhe gebracht werden können. Aber es scheint eines gewiß: die UNO muß aus dem östlichen Sturmangriff gekräftigt und fähig hervorgehen, schneller und wirksamer zu handeln.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2

Präses Scharf Nachfolger von Dibelius

Stellvertreter Lilje — Mitzenheim nicht in den Rat gewählt

Berlin (Eigenbericht). Zum neuen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland wählte die in Spandau tagende Gesamtdeutsche Synode den Berliner Präses Kurt Scharf. Sein Stellvertreter wurde der hannoversche Landesbischof Lilje. Während Scharf 103 von 138 abgegebenen Stimmen erhielt, wurde Lilje einstimmig gewählt.

Nachdem zunächst zwei Wahlgänge ergebnislos verlaufen waren, brachte der dritte die Entscheidung. Die Wahl fand hinter verschlossenen Türen statt. Wie verlautete, hatte der neugewählte Rat Präses Scharf, der Nominierungsausschuß Landesbischof Lilje den Synodalen vorgeschlagen.

In mehreren Wahlgängen hat die Synode der EKD die neuen Ratsmitglieder bestimmt. Es wurden die Bischöfe Haug, Krummacher, Lilje, Beste gewählt, ferner die Synodalen Dr. Heinemann, Präses Mager, Moderator Niesel, Oberkirchenrat Riedel, Präses Scharf, Landessuperintendent Smidt und Präses Wilm. Sie erhielten alle die nötige Zweidrittelmehrheit. Auf Schwierigkeiten stieß dagegen die Wiederwahl des thüringischen Landesbischofs Mitzenheim, der für den Rat nominiert worden war. Schon im ersten Wahlgang gelang es ihm nicht, die Zweidrittelmehrheit zu erhalten. Vom Nominierungsausschuß wurde daraufhin Bischof Beste (Schwerin) als zwölftes Ratsmitglied vorgeschlagen, der jedoch erklärte, nicht kandi-

dieren zu wollen, solange nicht über einen weiteren Vorschlag der Kirchenkonferenzabgestimmt worden sei.

Beste statt Mitzenheim

Nach längeren Beratungen schlug die Konferenz noch einmal Mitzenheim vor, der aber auch im zweiten Wahlgang genau wie im ersten wieder nur 76 Stimmen auf sich vereinen konnte und damit nicht wiedergewählt wurde. Bei der dritten Wahl wurde der mecklenburgische Landesbischof D. Beste mit 126 Stimmen als zwölftes Mitglied in den Rat der EKD gewählt.

Offenbar haben die Synodalen, die sich zweimal nicht für Mitzenheim entschieden, mit ihrer Entscheidung dessen unstrittene, besonders auch von den Christen in der Sowjetzone stark kritisierte Haltung der Zonenregierung gegenüber beantwortet. Schon vor mehreren Monaten war die Frage aufgetaucht, den thüringischen Bischof, der mehrfach seiner Sympathie mit dem Ulbricht-Regime Ausdruck verliehen hatte, nicht mehr für einen neuen Ratssitz zu nominieren.

der neue Rat werde versuchen, mit den Stellen der Sowjetzonenregierung in Kontakt zu kommen. Verhandlungen im Namen des Rates mit der Sowjetzonenregierung seien jedoch zunächst nicht vorgesehen.

Zur Kirchentagsfrage teilte der neue Ratsvorsitzende mit, er werde der Öffentlichkeit nach der nächsten Unterredung zwischen Vertretern des Kirchentages und des sowjetzonalen Staatssekretariats für Kirchenfragen Mitte der nächsten Woche von dem vor wenigen Tagen übermittelten Schreiben der Sowjetzonenbehörden über die Veranstaltung des Kirchentages in der Sowjetzone Kenntnis geben.

Dank an Dibelius

Landesbischof Lilje dankte dem scheidenden Ratsvorsitzenden Dibelius. Er sei „eine Gestalt der Kirchengeschichte und der Zeitgeschichte“ gewesen, sagte Lilje. Sein besonderes Verdienst habe darin bestanden, das Getto der Kirche zu durchbrechen. Unter dem lang anhaltenden Beifall der Synode sagte Lilje: „Dibelius ist allezeit ein tapferer und aufrechter Mann gewesen.“ Darüber hinaus bestehe kein Zweifel, daß Dibelius ein Prediger Christi war und sein Christenzeugnis das Bleibende in der Welt sein werde. Daraufhin erhoben sich alle Synodalen zu Ehren des scheidenden Ratsvorsitzenden von ihren Plätzen.

Die Synode verabschiedete einen Antrag, in dem festgestellt wird, daß Pfarrer im Rahmen kirchlicher Zuständigkeit handeln, wenn sie als Beistände für Wehrdienstverweigerer auftreten. Ein Antrag, wonach die Kirche auch für diejenigen eintreten soll, die den Wehrdienst im Hinblick auf eine atomar gerüstete Armee oder die Teilung Deutschlands ablehnen, wurde dem Rat zur weiteren Verhandlung überwiesen.

Schließlich verabschiedete die Synode eine Entscheidung zum Euthanasie-Problem. Darin wendet sie sich mit Nachdruck gegen die Tötung von unheilbaren Kranken und warnt vor jeder Gewissensverwirrung.

„Frieden mit West und Ost“

Präses Scharf hob in seiner Antrittsrede im Spandauer Johannesstift hervor, er werde „für den Frieden mit jedermann, auch mit den Machthabern dieser Erde und den Vertretern der Obrigkeit in West und Ost unseres Vaterlandes arbeiten“. Die Synode endete nach sechsstündiger Dauer mit einem Dank des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Bischof Lilje an Bischof Dibelius und mit Resolutionen zur Frage der Kriegsdienstverweigerung, der Euthanasie und des Eichmann-Prozesses.

In seiner Ansprache hob Präses Scharf hervor, es werde das Bestreben des neuen Rates sein,

in den ideologischen, theologischen und politischen Auseinandersetzungen „die Kirche ein Stück voranzuführen“. — Vor der Presse sagte Scharf: „Ich bin mir bewußt, daß die Wahl auf mich meines Amtssitzes im Osten unseres Vaterlandes und im Osten unserer Stadt wegen gefallen ist.“ Die Synode habe ihre Entscheidung getroffen, um damit der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland zu dienen. Die Ratssitzungen sollten weiter abwechselnd im Osten und Westen stattfinden.

Es sei nicht in Aussicht genommen, einen „Bevollmächtigten der EKD bei der Regierung der DDR“ zu benennen, aber

Scharf und Lilje

DT. Es wird Zeit dauern, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß Bischof Dibelius nicht mehr die deutsche evangelische Kirche repräsentiert. Sein Nachfolger, Präses Scharf, wird es schwer haben, eine solche Identifikation von Kirche und Person zu erreichen, wie sie Dibelius geprägt hat. Aber es ist auch nicht mehr die gleiche Aufgabe, die den neuen Ratsvorsitzenden der evangelischen Kirche erwartet. Die Synodalen, die sich die Wahl von Dibelius' Nachfolger so schwer gemacht haben, haben die veränderte Aufgabenstellung wohl auch als vorrangig für ihre Entscheidung empfunden.

Wenn auch die Landesbischöfe Lilje und Krummacher und Präses Scharf schon seit langem als die Kandidaten für das höchste Amt in der evangelischen Kirche zur Erörterung standen, hat als der eigentliche Nachfolger von Dibelius der hannoversche Landesbischof Lilje gegolten. Seit vielen Jahren war er Dibelius' Stellvertreter und seit ebenso vielen Jahren vertraut mit den vielfältigen Problemen innerhalb einer durch politische Willkür getrennten Kirche. Daß Lilje dazu in der ökumenischen Bewegung der Weltkirche eine ähnlich gewichtige Rolle wie Dibelius spielt, berief ihn beinahe mit Selbstverständlichkeit in die Führung.

Der Berliner Scharf hat es klar ausgedrückt, warum nach seiner Meinung schließlich doch die Wahl auf ihn gefallen ist. Scharf, der sein kämpferisches Profil in der Hitlerzeit gewonnen hat, als er als Präses der Bekennenden Kirche von Berlin-Brandenburg zu leben und zu lehren mußte, wie man einer Tyrannei widersteht, hat seinen Sitz und seine Stimme in Berlin. Als der führende Mann der Kirche der Altpreußischen Union, der im Berliner Ostsektor wohnt, tritt er in die Mitte dieser Gefahrengemeinschaft, die Pankow durchschneiden möchte.

Gegen Lilje hat das Regime in der Zone schon genau wie gegen Dibelius geschossen, als er nur Dibelius vertrat. Die Synode hat gewiß nicht auf Liljes Führung verzichtet, um vor dem Angriff aus Pankow zurückzuweichen. Sie hat ihn ja einstim-

mig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates berufen. Und sie hat noch etwas anderes getan: Sie hat den Thüringer Bischof Mitzenheim, den das Zonenregime wegen seiner mehrfachen Loyalitätserklärungen für das Regime anerkennt, aus dem Rat herausgewählt. In Präses Scharf aber erwartet die Kirche offensichtlich den Mann, der noch die Möglichkeit hat, nach beiden Seiten zu sprechen.

Gewiß, auch Scharf steht nicht in der Gunst von Pankow. Aber er hat in seinem Leben viele

Beweise dafür geliefert, wie man mit dem weltanschaulichen Gegner, auch wenn er sich als Staat gebärdet, fertig werden kann. Der Gegner wird freilich auch durch einen Ratsvorsitzenden Scharf nicht zum Freund werden. Und es ist denkbar, daß gerade die großen Aufgaben, die den neuen Vorsitzenden erwarten, eine neue Art und Methode der Führung erfordern. Die Christen beider Konfessionen wünschen dem Präses und seinem Stellvertreter dazu alles Gute.

Neue Störaktion der SED Gefälschte Briefe an Bundeswehr-Offiziere

Bonn (ap/upi). Zahlreiche Offiziere der Bundeswehr haben nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums in den letzten Tagen ein vierseitiges hektografiertes Schreiben mit gefälschtem Briefkopf und gefälschter Unterschrift erhalten. Als angeblicher Absender wurde der FDP-Bundestagsabgeordnete Döring angegeben, der im vergangenen Jahre bei der Bundeswehr als Major der Reserve eine Übung gemacht hat.

In dem Brief kritisiert der angebliche Absender die Bundeswehr, die NATO und die Bundesregierung, bezeichnet das Jahr 1961 als ein Krisenjahr

der deutschen und der internationalen Politik und fordert die Offiziere zum „Aufgeben“ auf. Es sei gefährlich, weiterzumachen, da „die Amerikaner 1962 einen Testversuch à la Korea in Mitteleuropa planen“, heißt es in dem Brief.

Im Bundesverteidigungsministerium nimmt man an, daß bei diesem Brief die gleichen kommunistischen Fälscher am Werke waren, die bereits im November 1960 eine falsche Erklärung des Bundesverteidigungsministers zur Denkschrift des Bundeswehrführungsstabes herausgaben.

Drei Millionen Flüchtlinge

Bauern und Lehrer an der Spitze der Zonenflucht

Bonn (upi). Rund drei Millionen Sowjetzonenflüchtlinge sind seit 1945 in die Bundesrepublik gekommen. Dies geht aus einer im regierungsamtlichen „Bulletin“ veröffentlichten Aufstellung des Bundesvertriebenen-Ministeriums hervor. Zwischen 1954 und dem 31. Dezember 1960 — die Statistik nach Berufs- und Altersgruppen wird erst seit 1954 geführt — waren unter den Flüchtlingen 761 313 Jugendliche unter 25 Jahren.

Bei der Aufteilung in Berufsgruppen stehen von 1954 bis 1960 die Bauern mit 41 300 Familien an der Spitze der Flüchtlingszahl. Es folgen die Lehrer mit 15 885 Personen, die Techniker und Ingenieure mit 15 536 und als viertgrößte Berufsgruppe die Angehörigen der Volkspolizei und militärischer Verbände mit 11 941 Personen.

Dann kommen die Studenten (11 705), die Ärzte (3110), die Zahnärzte und Dentisten (1224), die Apotheker (901), die Hochschullehrer (738), die Rechtsanwälte und Notare (658), die Tierärzte (269) sowie die Richter und Staatsanwälte (130). Unter den Flüchtlingen befanden sich von 1954 bis Ende 1960 17 017 ehemalige Sowjetzonenhäftlinge.

Fall Koniacki vor UNO?

Bonn (ap). Der Weltbund der Liberalen Studenten hat die UNO-Kommission für Menschenrechte und die Liga der Menschenrechte aufgefordert, sich für die Freilassung des in Prag inhaftierten Ostreferenten des Liberalen Studentenbundes Deutschland (LSD), Koniacki, zu verwenden.

„Wenn sie einen Italiener brächte“

Gespräche mit Südtirolern — Heißsporne und Stimmen der Vernunft

Der Bonner Korrespondent des TAG, Dr. Wolfgang Wagner, war kürzlich für einige Tage nach Südtirol gefahren. Er sandte uns aus Bozen nachstehenden Bericht über seine Eindrücke, die er dort auf Grund von privaten Gesprächen gewinnen konnte.

Bozen, im Februar

Südtirol 1961: Irma, das gerade 18jährige, quicklebendige Serviermädchen im Hotel, hinter dem alle Burschen im Dorfe her sind, erzählt den Gästen: „Meinen Eltern ist gleich, mit wem ich gehe. Aber wenn ich ihnen einen Italiener anbrächte, würden sie mich rausschmeißen.“ Am nächsten Morgen lesen wir in der Zeitung den Bericht über die Südtirol-Debatte im Parlament zu Rom. Da hat der Präsident der Kammer, als ein deutschsprachiger Abgeordneter vom „Südtiroler Volk“ sprach, die Glocke geschwungen und ihn ermahnt: Alle Abgeordneten in diesem Hause seien Angehörige eines einzigen Volkes, alle seien Italiener. Und ein Neofaschist ist aufgesprungen und hat dem Redner zugerufen: „Ihr müßt glücklich sein, Italiener sein zu dürfen“

Ein altes Problem

Zwischen diesen beiden kleinen Episoden liegt das Problem der 23 000 Südtiroler: Sie sollen sich, frohen Herzens, als Italiener fühlen. Aber weitaus die meisten von ihnen zieht es auch nach 42jähriger Zugehörigkeit zu Italien immer noch mehr nach Wien oder Innsbruck als nach Rom, und die Verschmelzung mit dem italienischen Volkskörper durch Heirat erscheint ihnen beinahe als Verrat. In dieser Spannung ereignen sich Sprengstoffanschläge gegen italienische Denkmäler, werden Verhaftungen und Haus-suchungen vorgenommen, italienische Schüler führen bei Demonstrationen in Bozen Plakate mit sich, auf denen der Vorsitzende der Südtiroler Volkspartei, Dr. Magnage, am Galgen hängt, und die deutschsprachigen „Dolomiten“ revanchieren sich mit der Behauptung, schon das alte Rom habe seinen Herrschaftsbereich rund ums Mittelmeer in lauter Wüsten verwandelt.

Es ist eine neue Variante des alten Problems, wie ein großes Volk und eine sehr viel kleinere Minderheit in einem Staat verträglich beieinanderwohnen und miteinander auskommen sollen. In den faschistischen Jahren sind die Südtiroler brutal unterdrückt worden; ihre Kinder konnten in den Schulen nicht einmal mehr Deutsch lernen. Das demokratische Italien, das nach dem Kriege eine Zeitlang fürchtete, Südtirol an Österreich zurückgeben zu müssen, hat deshalb im Pariser Vertrag von 1946 Zugeständnisse gemacht. Heute werden auf den Schulen beide Sprachen gelehrt.

Aber Italien ist ein junger Staat, der erst vor hundert Jahren sich aus der politischen Zersplitterung erhoben hat, und daher sitzt die Furcht vor dem Abfall einzelner Provinzen sehr tief. Aus Mißtrauen gegenüber der deutschsprachigen Minderheit haben sich Regierung und Parlament in Rom nie entschließen können, dem „Alto Adige“ eine Autonomie, eine wirkliche Selbstverwaltung, einzuräumen.

Als die Außenminister Italiens und Österreichs kürzlich in Mailand auf der Grundlage des Vertrages von 1946 über Südtirol verhandelten, ging es um diese Autonomie. Der Gegensatz war unüberbrückbar: Rom verlangt von Wien, als Vorleistung die Brenner-Grenze als ewig und unveränderlich anzuerkennen. Die österreichische Regierung aber, für die auch innenpolitisches Prestige auf dem Spiel steht, bringt es nicht über sich, die Südtiroler auf diese Weise ihrem Schicksal zu überlassen; sie verlangt statt dessen, daß der Provinz Bozen, die jetzt mit dem italienischen Trient zusammengekoppelt ist, eine echte Selbstverwaltung gegeben werde, in der die deutschsprachige Minderheit nicht mehr bei jeder Gelegenheit überstimmt werden

kann, sondern selbst die Mehrheit bilden würde.

Vielleicht in den Bergen

Aber schon drängen Kräfte von unten nach, die damit nicht mehr zufrieden sind. Man sprengt nicht nächtlich Denkmäler in die Luft, um das Recht zu erhalten, ein paar Schuldirektoren zu ernennen. Die jüngeren Politiker in Südtirol, die noch nicht in der Verantwortung gereift sind, haben begierig das Wort aufgegriffen, das seit zwei Jahren um die ganze Welt geht: Selbstbestimmung — und das heißt Rückkehr zu Österreich. Im Gegensatz zur offiziellen Führung der Südtiroler hoffen sie, daß die Autonomieverhandlungen scheitern. Dann, meinen sie, sei der Weg frei für ihre radikaleren Forderungen. Und es schreckt sie augenscheinlich nicht, daß diese Forderungen eine verschärfte italienische Reaktion hervorrufen werden, die sie voraussehen. „Vielleicht“, so sagen sie, „werden unsere Männer sogar einmal in die Berge gehen müssen.“

Parole Selbstbestimmung

„In die Berge“ — das heißt Kleinkrieg, blutiger Kampf mit den italienischen Carabinieri und Alpini. Die Vernunft sträubt sich, daran zu glauben, und glücklicherweise besteht trotz der beiden Sprengstoffanschläge der letzten Wochen vorläufig kein Grund, die Entwicklung in dieser Richtung für zwangsläufig zu halten. Noch gilt die Parteiführung der Südtiroler als Autorität in den Tälern zwischen Brixen, Meran und Bozen, und sie hat immer wieder öffentlich alle Gewalttaten verurteilt.

Als ich einen älteren Südtiroler fragte, was seiner Ansicht nach weiter geschehen werde, erwiderte er lächelnd: „Weitere zehn Jahre Krieg.“ Aber er meinte nicht den Krieg der Waffen, sondern den unermüdelichen Kleinkrieg in den Landtagen von Bozen und Trient, im Parlament zu Rom und die endlosen Auseinandersetzungen mit den italienischen Behörden...

Berlins Freiheit ist unantastbar

Interview mit Außenminister Home — Britische Truppen bleiben in Deutschland

London/Bonn (dpa). Jeder sowjetische Vorschlag in der Berlin-Frage sei wertlos, wenn er die Freiheit der Berliner nicht unangestastet läßt, erklärte der britische Außenminister Lord Home in einem Interview mit der Deutschen Presseagentur. Home versicherte, daß Großbritannien seine Streitkräfte in Europa und Berlin nicht reduzieren werde. Er sagte: „Ich glaube nicht, daß irgend jemand Zweifel daran haben kann, daß wir unseren Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung Berlins nachzukommen beabsichtigen.“ Es war das erste Interview, das ein britischer Außenminister nach dem Kriege der deutschen Presse gab.

Lord Home räumte ein, daß es „in einigen Kreisen bei uns Reserviertheit und Mißtrauen gegenüber Deutschland gibt“, gab aber zu bedenken, daß der Abstand zu den Kriegsjahren noch zu gering sei. Auch ziehe

die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes aus den Erfahrungen der letzten 50 Jahre die Lehre, daß „engere und freundschaftlichere Beziehungen zur Bundesrepublik und der Aufbau gegenseitigen Vertrauens nicht nur zwischen Deutschland und Großbritannien, sondern in der ganzen NATO notwendig sind“.

Zur Frage der Ost-West-Beziehungen sagte der Außenminister, Großbritannien werde einerseits gemeinsam mit seinen Verbündeten die Sicherheit der freien Welt gegen die kommunistische Herausforderung verteidigen; andererseits werde es aber jede Gelegenheit nutzen, mögliche Gebiete der Überein-

stimmung mit der Sowjetunion zu finden und dann über eine Reduzierung der Spannung zu verhandeln. Das sei bei der Konferenz über eine Einstellung der Atomversuche und bei der Abrüstung möglich.

„Guter Auftakt“

Im Auswärtigen Amt in Bonn wurden die Äußerungen Homes als ein guter Auftakt für die Besprechungen des Bundeskanzlers in der kommenden Woche in London bezeichnet. Besonders wurde die britische Festigkeit in der Berlin-Frage und die britische Bereitschaft unterstrichen, über die europäischen Probleme miteinander zu sprechen.

Carlo Schmid „half“ Saalordnern

Auf der Galerie des Sicherheitsrates bei „schwarzer“ Demonstration

Washington (Eigenbericht). Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid fühlte sich am Mittwoch auf der Galerie im Sitzungssaal des UNO-Sicherheitsrates an die zwanziger Jahre und die von den Nazis organisierten Saal-schlachten erinnert. Schmid berichtete später, er habe zusammen mit anderen deutschen Bundestagsabgeordneten, die zur Zeit ebenfalls in den Vereinigten Staaten weilen, auf der Zuhörergalerie gesessen, als die Demonstrationen begannen.

„Plötzlich sprang ein Mann auf, fuchtelte mit den Händen, schrie und rannte an das Geländer der Galerie“, erzählte Schmid. „Ich dachte, er sei ein Epileptiker, der gerade seinen Anfall hatte. Aber dann standen noch andere auf und begannen zu schreien und zu winken. Sie benahmen sich auf alle Fälle recht seltsam, und bis mir klar wurde, was vor sich ging, dachte ich, die Leute seien durch eine Droge enthemmt worden. Einige hatten Schaum vor dem Mund, und andere rollten ihre Augen auf die schrecklichste Art und Weise.“

„Ich habe ja einige Erfahrung in Saal-schlachten“, sagte Schmid. „Na, und da habe ich den armen Saalordnern ein paar Tips ge-

geben, damit sie mit den Kerlen fertig werden konnten.“

„Die Demonstranten waren völlig hysterisch, sie weigerten sich, die Galerie zu räumen, und mußten dann einzeln hinausgetragen werden.“

„Die einzigen, die sich dabei zu amüsieren schienen, waren ein paar weiße Amerikaner, so Kerle aus Texas. ‚Da habt ihr’s, so sind die Neger‘, sagten sie.“

Als Rusk in Berlin war

Washington (upi). Vor dem „Amerikanischen Rat für Deutschland“ erzählte der US-Außenminister Rusk von seinen Erfahrungen mit der Berliner Polizei in den dreißiger Jahren. Er pflegte damals als Student in einem Kanu auf dem Wannensee zu paddeln. Eines Tages ließ Rusk sein Boot am Strand allein. Als er zurückkehrte, war das Boot verschwunden. Die Polizisten, die sein Boot sehr schnell fanden, versicherten ihm, daß der Dieb bestraft werde. „Und dann schrieben sie mir einen Strafzettel über fünf Mark, weil ich den Dieb in Versuchung geführt hätte.“ Nach dem Gelächter der Zuhörerschaft meinte Rusk, die fünf Mark seien ein geringer Preis für die wertvolle Erfahrung, die auch in der internationalen Politik gelte. „Wir, die wir grundsätzlichen Problemen gegenüberstehen, müssen ebenfalls lernen, wie man es vermeidet, Diebe in Versuchung zu führen“, schloß der Außenminister.

Irak verärgert

Berlin (dpa). Die Beziehungen zwischen der Sowjetzone und dem Irak haben sich in den letzten Wochen erheblich abgekühlt. Das Informationsbüro West zitierte einen Bericht des Ostberliner Handelsministeriums, nach dem es bei Handelsbesprechungen mit der irakischen Regierung zu politischen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Weder konnte die Ostberliner Delegation in Bagdad den Abschluß eines Handelsvertrages für 1961 durchsetzen, noch konnten die Zonenvertreter die irakische Regierung dazu bewegen, eine Handelsvertretung in Ostberlin zu errichten, heißt es in dem Bericht.

Sprachunterricht nach SED-Zeitungen

Irakische Studenten flohen aus Rumänien und der Zone

DT. Berlin (Eigenbericht). „Es war wie in der Armee.“ Mit diesen Worten erinnert sich der irakische Student Mouyerd Majeed Name an seine Studienzeit in Bukarest. Weil er und sein Landsmann Abdul Rahman Aljasin nicht mehr länger unter kommunistischem Zwang, sondern als freie Menschen studieren wollten, sind sie jetzt aus Rumänien nach Westberlin geflüchtet, ebenso wie eine Reihe arabischer und afrikanischer Studenten, die in der letzten Zeit aus der Sowjetzone nach Westberlin kamen.

Was die beiden aus Rumänien Geflüchteten von den allgemeinen Lebensbedingungen der ausländischen Studenten in Bukarest berichten, ist haarsträubend: Weil es verboten ist, in der Stadt privat zu wohnen, ist das einzige Studentenheim, ein ehemaliger königlicher Pferdestall, fürchterlich überfüllt. Bis zu 15 Studenten wohnen in einem Zimmer. Aus Gründen der Kontrolle dürfen die Zimmer von innen nicht abgeschlossen werden. Sie sind schlecht eingerichtet, es gibt kaum Kleiderschränke. Private Kontakte zwischen Ostblockstudenten und Afroasiaten sind nicht erwünscht. Den zahlreichen Studentinnen aus der Sowjetzone, die in Bukarest Medizin studieren, ist es strikt verboten, sich mit Arabern oder Indonesiern zu treffen. Wenn eine Studentin bei einem Treffen erwischt wird, muß sie sofort zurück in die Sowjetzone.

In übler Erinnerung sind den beiden irakischen Studenten auch die obligatorischen Vorlesungen unter dem Titel „Wissenschaftlicher Sozialismus“ wegen der ideologischen Holzhammermethode. Sie betonten, daß viele der ausländischen Studenten in Bukarest nach Westberlin flüchten würden, wenn es nicht so schwer wäre, Fahrkarten und Ausreisevisa zu bekommen.

Nichts als Propaganda

Von etwas besseren Lebensverhältnissen berichten die aus der Sowjetzone geflüchteten Studenten (der Germanistikstudent Adnan Sadek konnte z. B. in Leipzig privat wohnen). Im Mittelpunkt ihrer Schilderungen stehen deshalb nicht so sehr die allgemeinen Lebensbedingun-

gen, sondern vielmehr der geistig-politische Zwang: Das beginnt bereits mit dem Sprachunterricht in Leipziger „Institut für Ausländer-Studium“. Die Lehrtexte behandeln den

„SS-mäßige Haltung“

Berlin (Eigenmeldung). Neuer Dekan der Juristischen Fakultät der Ostberliner Humboldt-Universität wurde der 40jährige Arbeitsrechtler Professor Dr. Rudolf Schneider. Die Zonenpresse feierte ihn aus diesem Anlaß als einen der jungen Wissenschaftler, der „maßgebend Anteil an der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Arbeitsrechtswissenschaft in der DDR“ habe. Er wirkte verantwortlich an dem auch in der Zone sehr negativ beurteilten neuen Arbeitsgesetzbuch mit. Als SS-Oberscharführer und Fachführer war Schneider von 1942 an Dezernent in der Abteilung Wirtschaft einer SS-Dienststelle in Oberschlesien. Seine Vorgesetzten rühmten damals — wie aus einem Beförderungsvorschlag hervorgeht — „sein soldatisches Auftreten und seine SS-mäßige Haltung“.

„Aufbau des Sozialismus“, die „Gründung der DDR“ und ähnliche Themen. Nach einem Monat Sprachunterricht wird dann u. a. an Hand des „Neuen Deutschland“ unterrichtet. Häufig werden Filme über die Arbeiterbewegung („Thälmann“)

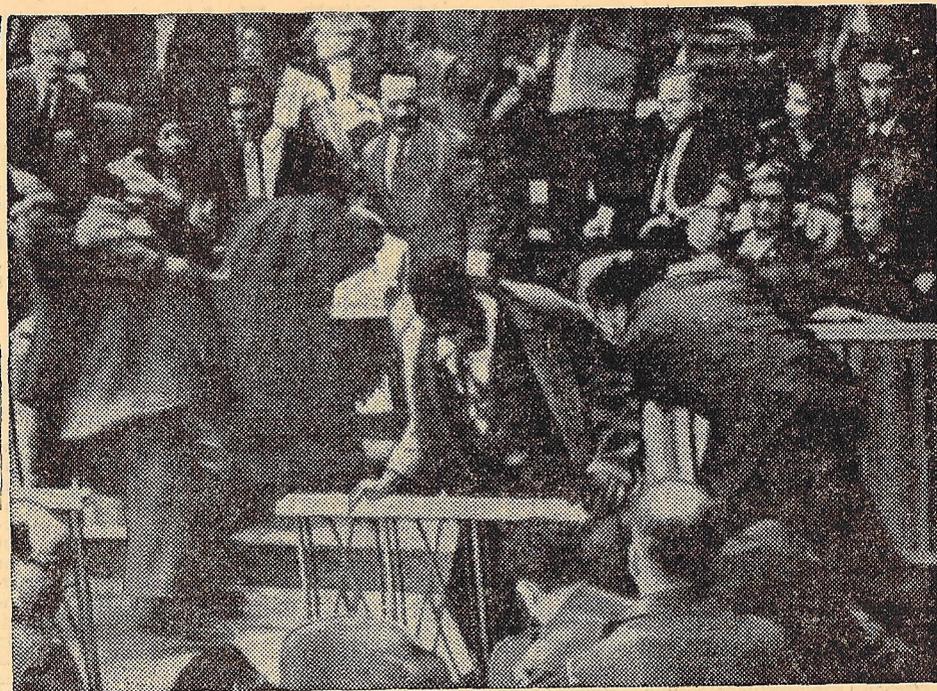
und andere propagandistische Themen vorgeführt, über die die Schüler dann „diskutieren“ müssen. „Wir mußten kommunistisch denken und durften nicht viel dazu sagen“, erinnert sich heute der irakische Student der Wirtschaftswissenschaften, Al Kasas, an seinen Aufenthalt in dem Leipziger Institut.

Verspottet

Doch noch schlimmer wird es für die ausländischen Studenten auf den Universitäten, wo sie nicht mehr den festen Rückhalt ihrer nationalen Gruppen haben, sondern dem politischen Druck nun als einzelne ausgesetzt sind. Al Kasas, der in der „Hochschule für Planökonomie“ in Berlin-Karlshorst studierte und wohnte, weil er später einmal an der wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes mitarbeiten will, berichtet, daß bei der Immatrikulation der Rektor erklärt habe: „Wir erziehen euch dazu, Kader für unsere Partei zu sein. Unparteilichkeit gibt es nicht!“ Al Kasas will aber nicht nur über die marxistische, sondern auch über die anderen Wirtschaftstheorien informiert werden. Er will die Probleme der modernen Weltwirtschaft studieren und nicht nur die Theorien von Karl Marx über den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Deshalb kam er nach Westberlin. Er kam auch, weil er hier in islamischen Gebetsstätten beten kann, während er in Karlshorst wegen seines Glaubens verspottet wurde. Dies ist übrigens häufig für viele stark religiös gebundene arabische Studenten der entscheidende Grund, sich gegen das sowjetzonale Regime zu wenden.

Der Pferdefuß

Die Sowjetzone bietet mehr Studienplätze und Stipendien an als die Bundesrepublik. So kommen die Studenten aus den Entwicklungsländern mit sehr ungenauen Vorstellungen von der politischen Situation in Deutschland in die Sowjetzone, wo sie dann — meist allerdings zu spät — den kommunistischen Pferdefuß entdecken.



BILDER DER WOCHE. Oben: Zu Tumulten kam es auf der Galerie während der Sitzung des Sicherheitsrates in New York über die Ermordung des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten Lumumba. — Unten: Bundesaußenminister von Brentano in New York im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Grewe (rechts)

